



Standpunkte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Bericht der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention "Gewalt als Lernchance - Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter in sechs Handlungsfeldern"

Die Entwicklung neuer Strategien zur Kriminalitäts- und Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen gehört zu Schwerpunktaufgaben im Kinder- und Jugendschutz.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb den Bericht „Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter“ umfassend unterstützt und wertet ihn als einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen.

Der Bericht zeigt, dass sich die Praxis der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter in vielfältiger Form weiterentwickelt hat. Was vor zehn Jahren nur wenige Experten interessierte, ist heute zu einem gemeinsamen Thema von Polizei, Justiz, Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Erziehung geworden. Wichtig ist dabei allerdings, das richtige Augenmaß zu wahren: Es gibt einen Unterschied zwischen alters- und szenetypischen Normübertretungen und zwischen jenen Gewalterfahrungen, die jugendliche Täter wie Opfer in ihren Entwicklungschancen gefährden. Das gerät in der öffentlichen Diskussion oft aus dem Blick.

Jugendpolitisches Ziel muss es deshalb sein, solches Gewalthandeln und solche Opfererfahrung soweit als möglich zu verhindern und damit eine wichtige Bedingung für ein gutes Aufwachsen zu schaffen.

Wie auch der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung erneut bestätigt, besteht mit Blick auf die Entwicklung der Jugendgewalt kein Grund zur Dramatisierung der Lage.

Gleichzeitig ist die Gewalt unter Kindern und Jugendlichen ein ernsthaftes Problem. Sowohl die Daten der Polizei als auch die Erfahrungen der pädagogischen Fachpraxis belegen dies eindrücklich. Mit der Entwicklung der öffentlichen Aufmerksamkeit für dieses gesellschaftspolitische Phänomen hat sich auch die Politik zunehmend dieser Herausforderung gestellt. Nach dem Amoklauf von Erfurt haben sich nicht nur die Jugendministerkonferenz der Länder, sondern auch die Innen- und Justizministerkonferenzen des Themas angenommen. Erfreulicherweise stand dabei nicht die Diskussion um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts im Mittelpunkt, sondern es wurden vornehmlich kinder-, jugend- und familienpolitische Präventionsstrategien beraten.

Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz „Zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskompetenz von Familie und Schule“ im Juli 2003 hat nicht nur signalisiert, dass das Problem in der Politik angekommen ist, sondern er hat eine bis heute wirkende Entwicklung angestoßen: Neben einer Reihe gesetzlicher Initiativen, die nach Erfurt auf Bundes- und Landesebene entstanden sind (z.B. im Jugendmedienschutz, Verschärfung des Waffengesetzes, Ergänzungen in den Schulgesetzen der Länder) wurde Gewalt bei Kindern und Jugendlichen zunehmend als ein gemeinsames Problem aller beteiligten und verantwortlichen Akteure gesehen. Dabei wurden erfreulicherweise auch alte Frontstellungen von Sicherheits- und Jugendpolitik aufgegeben. Dieser beachtliche Fortschritt spiegelt sich auch im Bericht wider. Er beleuchtet die große konzeptionelle Bandbreite der Gewaltprävention

- von der Kindertagesbetreuung bis hin zum Jugendstrafvollzug – und nimmt die Verantwortung aller Ebenen der föderalen Zuständigkeiten in den Blick.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend legt in der Diskussion um Präventionsstrategien auch weiterhin großen Wert auf die Notwendigkeit pädagogischer Ansätze. In den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat das Bundesjugendministerium deshalb die Weiterentwicklung der Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen mit umfangreichen Modellprogrammen gefördert. Eines der ersten – nicht unumstrittenen – Programme war Anfang der neunziger Jahre das AgAG - das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, das seinen Schwerpunkt in den neuen Bundesländern hatte. Danach wurden die Programme ausdifferenziert und stärker zwischen Gewalt- und Kriminalitätsprävention einerseits und der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Toleranz andererseits getrennt. In der Kriminalitätsprävention bildeten – teils in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundesländern – die Erprobung und Evaluation von modellhaften Ansätzen wichtige Schwerpunkte. Ein weiterer wichtiger Baustein war die Untersuchung der Wirksamkeit von Mediationskonzepten in Schulen. Damit nimmt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine Anregungsfunktion wahr und fördert so kontinuierlich die Weiterentwicklung der Fachlichkeit.

In Anbetracht von häufig symbolischem Aktionismus und medial geschürter, öffentlicher Aufregtheit ist eine fachlich fundierte Auseinandersetzung mit dem Gewalthandeln von Kindern und Jugendlichen wichtig und wertvoll. Einen großen Beitrag leistet dazu der Herausgeber des Berichts, die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits im zehnten Jahr fördert. Die Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention hat sich in diesen Jahren zu einem ausgewiesenen Expertengremium entwickelt, das nicht nur national sondern auch international großes Ansehen genießt.

Trotz der positiven Bilanz, die der Bericht zieht, belegt er auch, dass der begonnene Prozess unbedingt fortgeführt werden muss. Welche Gesichtspunkte spielen dabei aus Sicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine besondere Rolle?

- Die Einsicht, dass Gewalthandeln eine Lernchance für alle Beteiligten darstellt, ist noch lange nicht in allen Köpfen verankert. Das gilt nicht nur für Deutschland - das wird auch im europäischen Vergleich sichtbar. Jugendgewalt ist kein spezifisches deutsches Problem, wie die jüngsten Krawalle in Dänemark, die Teenagermorde in England oder die Konflikte in den Vororten der französischen Großstädte belegen. Der Blick über die nationalen Grenzen macht allerdings auch deutlich, dass in anderen Ländern unsere jugendpolitische und pädagogische Perspektive keineswegs selbstverständlich ist. Eine im Bereich Gewaltprävention starke und fachlich kompetente Kinder- und Jugendhilfe, eine engagierte Schule, beide im Zusammenspiel mit Polizei und Justiz auf gleicher Augenhöhe, wie das in Deutschland erreicht wurde, hat für andere Länder Vorbildcharakter.
- Alle Bemühungen in der Gewaltprävention werden ins Leere laufen, wenn es nicht gelingt, Kindern und Jugendlichen – mit und ohne Migrationshintergrund – zu ermöglichen, sich sozial in die Gesellschaft zu integrieren und dort ihren Platz zu finden. Anstrengungen, die darauf abzielen, Jugendlichen auch mit geringer Qualifikation und aus schwierigen Verhältnissen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in dieser Gesellschaft zu eröffnen, sind zwar im engeren Sinne nicht als Gewaltprävention zu verstehen. Hier hat der Bericht klare Akzente für ein enges Verständnis von Gewaltprävention und gegen eine diffuse Begriffsverwendung gesetzt. Unabhängig davon muss die Bundesregierung alles in ihrer Macht Mögliche zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen tun.
- Gewalthandeln von Jugendlichen wird oft in der Familie „gelernt“ – sei es als Opfer oder als Täter. Mit der Initiierung und Finanzierung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen und dem deutlichen Ausbau der frühen Hilfen unternimmt das Bundesfamilienministerium u.a. den

Versuch, an dieser Stelle die fatalen Kreisläufe der Gewalt zu durchbrechen. Es folgt dabei der Fachdiskussion, die eine Vorverlegung der Interventionen fordert. Trotzdem und ganz wichtig: Auch die älteren Kinder und Jugendlichen dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. Unsere Gesellschaft darf Kinder und Jugendliche, die auf die schiefe Bahn geraten sind, nicht verloren geben.

- Ebenso wie Gewaltprävention ohne begleitende Sozialpolitik hilflos bleibt, wird eine begleitende Medienpolitik benötigt. Hier geht es um Jugendschutz und die einschlägigen Verbotsdebatten, um die Diskussionen wegen Altersgrenzen und um die Notwendigkeit, dass alle pädagogisch Verantwortlichen auf der Höhe der Zeit sein sollten, was Internet, Spiele - Konsole und Handy betrifft.

Immer wieder ist festzustellen, dass das Bild, das die Medien bei dem Thema jugendliche Gewalt vermitteln, wenig mit der Realität zu tun hat. Es ist deshalb notwendig, dass alle, die mit dem Phänomen Gewalt von Kindern und Jugendlichen zu tun haben, die Medien im Sinne einer differenzierten Auseinandersetzung als Partner gewinnen müssen. Jenseits der öffentlichen Aufregung und im Nachgang zu spektakulären Einzelfällen muss die Leistungsfähigkeit weniger spektakulärer Ansätze öffentlich neu in Szene gesetzt werden – auch als Gegengewicht zu populistischen Maßnahmenforderungen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bemüht sich in diesem Bereich um eine sachgerechtere Betrachtung und um eine angemessenere Würdigung der Präventionspraxis.

Berlin, im Oktober 2007